

Laubach steigt auf die Bremse

Verwaltungsverband: »Fusion« des Ordnungsamtes vertagt – Erfahrungen mit Finanzabteilung abwarten

AAZ
31.10.18

Laubach (tb). Für die übernächste Stadtverordnetenversammlung erarbeitet der Magistrat eine Vorlage, die – nicht zuletzt in Lich – für einiges Stürmrunzeln sorgen dürfte: Danach weicht Laubach vom Fahrplan für den Verwaltungsverband ab, stellt die zum nächsten Jahr vereinbarte Zusammenlegung der Ordnungsämter zurück; ohne Nennung eines Ersatztermins für den Umzug nach Lich.

Die drei Laubacher Mitarbeiter der Abteilung bleiben somit fürs Erste, wo sie sind. Einer davon ist Hilfspolizist, der allerdings seit Kündigung des Ortspolizeibezirks mit Grünberg ohnehin häufiger aushäusig ist.

Das »Moratorium« resultiert aus einer Vereinbarung der Laubacher Mehrheitsfraktionen FW und CDU. Zunächst wollen diese abwarten, wie die »Fusion« der Finanzabteilung funktioniert: Zum 1. Januar 2019 ziehen bekanntlich die Haushaltsexperten aus Lich nach Laubach. Der Abteilung wird Timo Schuhmann vorstehen, bisher Stellvertreter von Horst Schäfer, Noch-Fachgebietsleiter in der Nachbarstadt.

Wie berichtet, bot sich dafür der Zeitpunkt

an, da Schäfer wie auch sein Gegenüber in Laubach, Karl-Heinz Weicker, in Kürze in Pension gehen.

Was nun die Ordnungsämter betrifft, so soll dies kein Zeichen für eine »Entlobung« sein. Wie Bürgermeister Klug auf Nachfrage betonte, gehe es nur um ein Verschieben.

Klug: Keine Zuschüsse gefährdet

Die interkommunale Zusammenarbeit – unter anderem mit dem gemeinsamen Standesamt erprobt – gehe auch auf Ebene der Ordnungsämter weiter, nur eben nicht bereits per öffentlich-rechtlicher Vereinbarung besiegelt. Dass die Verzögerung keine Zuschüsse gefährde, fügte er hinzu.

Der Verwaltungsverband war vor Jahresfrist von beiden Stadtparlamenten beschlossen worden. Anders als in Lich hatte es in der östlicheren der Ostkreisgemeinden kritische Stimmen im Vorfeld gegeben: In der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2017 gab es dennoch eine breite Mehrheit aus 23:5

Stimmen für die Satzung des »Städteservices«. Die Neinsager fürchteten einen »Ausverkauf des Rathauses«, also eine weniger bürgerfreundliche Verwaltung.

Die Kritiker aber blieben eine kleine Minderheit, und so überwies Wiesbaden insgesamt 300 000 Euro aus dem Fördertopf »IKZ«. Weitere 50 000 Euro sind bei der weiteren Umsetzung des Fahrplans zu erwarten. Freilich keine Nettoeinnahme, fallen doch nicht geringe Einstandskosten der Verwaltung an. Etwa für Organisationsgutachten, Datenleitung und -management. Voraussetzung der Zuschüsse ist, dass beide Kommunen insgesamt gut eine Million Euro an Personal- und Sachkosten einsparen. Allein mit dem Wegfall der Stelle des Amtleiters Finanzen (rund 80 000 Euro) ist bereits ein großes Stück des Weges geschafft. Der jedoch muss weiter beschritten werden, um die gesamte Förderung zu erhalten. Der bisherige Fahrplan sah – nach Personal- und Finanzabteilung 2019 – die Zusammenlegung des Ordnungs- und Hauptamtes vor. Als Letztes sollte die Bauabteilung an der Reihe sein.



Drei Windanlagen sollen in Staufenberg errichtet werden.

(Symbolfoto: dpa)

Pohlheim ist »komplett raus«

Es ist ein Prestigeprojekt im Kreis Gießen: Drei Windräder sollen im Staufenberger Stadtwald entstehen – unter Beteiligung von Bürgern und zehn Städten und Gemeinden der Region. Nun hat Pohlheim angekündigt: »Wir sind raus.« Auch weitere Kreisgemeinden spielen mit dem Gedanken.

Von Stefan Schaal

Das Projekt wiegt 20 Millionen Euro schwer: Im nördlichen Teil des Staufenberger Stadtwalds sollen drei Windräder entstehen. Die Planungen laufen seit Jahren, aktuell ist es der einzige im Kreis geplante Windpark, für den derzeit ein Genehmigungsverfahren läuft und an dem Kommunen der Region und Bürger beteiligt sein sollen. Nun zeichnet sich ab, dass sich Pohlheim als eine von zehn Gemeinden verabschiedet. Man werde sich wohl nicht beteiligen, sagte Bürgermeister Udo Schöffmann. »Wir sind dann komplett raus.«

Beschlossen ist dies im Pohlheimer Stadtparlament allerdings noch nicht. Hintergrund ist, dass für den Windpark in Staufenberg vor wenigen Monaten eine Bürgerenergiegesellschaft in Form einer Kommanditgesellschaft gegründet worden ist. Sie soll die Chance auf den Zuschlag bei der Bundesnetzagentur erhöhen, da eine solche Struktur bei Ausschreibungen bevorzugt wird. Bei der Ausschüttung der Erlöse aus der Windkraft wären in dieser Organisationsform allerdings Kommunen im Vergleich zu Privatpersonen benachteiligt. »Für eine Ausschüttung müssten wir Jahre warten«, sagt Schöffmann. Eine Beteiligung mache wenig Sinn.

Was die Verpachtung des Areals im Staufenberger Wald für die Anlagen angeht, wür-

den zudem nur die Gemeinden profitieren, die anfangs den gemeinsamen Flächennutzungsplan aufgestellt haben – und dafür auf Windräder auf eigenen Flächen verzichtet haben. An dem interkommunalen Projekt sind neben Pohlheim bislang Allendorf/Lumda, Buseck, Rabenau, Reiskirchen, Staufenberg, Wetztenberg und Lollar sowie aus dem Kreis Marburg die Kommunen Ebsdorfergrund und Fronhausen involviert. Beim Flächennutzungsplan waren Pohlheim, Wetztenberg und Lollar nicht dabei.

Wetztenbergs Bürgermeister Thomas Brunner erklärte, dass eine Beteiligung sich auch für seine Gemeinde wohl nicht lohnen würde. Lollars Bürgermeister Dr. Bernd Wiczorek wollte sich zu dem Thema nicht äußern. Es deutet sich allerdings an, dass sich mehrere Kommunen aus der Beteiligung an dem Staufenberger Windpark heraushalten könnten. »Wir sind weiterhin dabei«, betonte indes der Bürgermeister Busecks, Dirk Haas. Unverändert bleibt auch die interkommunale Kooperation in der Energiegesellschaft Lumdata.

Staufenbergs Bürgermeister Peter Gefeller, der das Windpark-Projekt maßgeblich voranbringt, bleibt unterdessen optimistisch. »Die Windräder werden auf jeden Fall gebaut«, erklärte Gefeller. »Unser Hauptaugenmerk in der Beteiligung liegt ohnehin vor allem auf den Bürgern.«

Dennoch schüttelt er den Kopf über gesetzliche Auflagen für die Beteiligung von Kommunen an Windanlagen. Der Gesetzgeber wolle durch Änderungen Spekulantentum vorbeugen, Sorge gleichzeitig aber für Unsicherheiten, beklagt der Bürgermeister.

»Für Kommunen ist das Gift.« Gleichzeitig werde es Energieunternehmen dank erfolgreicher Lobby leicht gemacht, mit Braunkohle Geld zu verdienen. »Hätte es in den 50er und 60er Jahren Auflagen für Energiekraft wie für uns heute gegeben, hätte es das Atomzeitalter nicht gegeben.«

Für die 20 Millionen Euro teuren Windräder im Staufenberger Stadtwald sollen fünf Millionen Euro aus Eigenkapital finanziert werden, der Rest soll von den Banken kommen. Nach bisherigem Plan würden die beteiligten Kommunen für dieses Eigenkapital die Hälfte einbringen, also 2,5 Millionen Euro. Bürger, die sich beteiligen, sollen vier Prozent Rendite erhalten.

Als Baubeginn war einmal der Frühjahr dieses Jahres anvisiert. Mehrfach hat sich die Energiegesellschaft Lumdata mit der geplanten Anlage ohne Erfolg bei der Bundesnetzagentur beworben. Nun soll dies die neu gegründete Bürgergesellschaft tun. »Wir warten auf die Genehmigung nach dem Bundesimmissionschutzgesetz durch das Regierungspräsidium«, erklärt Gefeller. Vor einem knappen Jahr war der Antrag eingereicht worden. Im Februar, hofft er, könne man sich nun als nächsten Schritt bei der Bundesnetzagentur bewerben. (Foto: Schepp)



„Hätte es in den 50ern und 60ern Auflagen für Energiekraft wie heute gegeben, hätte es das Atomzeitalter nicht gegeben.“

Peter Gefeller

mit der geplanten Anlage ohne Erfolg bei der Bundesnetzagentur beworben. Nun soll dies die neu gegründete Bürgergesellschaft tun. »Wir warten auf die Genehmigung nach dem Bundesimmissionschutzgesetz durch das Regierungspräsidium«, erklärt Gefeller. Vor einem knappen Jahr war der Antrag eingereicht worden. Im Februar, hofft er, könne man sich nun als nächsten Schritt bei der Bundesnetzagentur bewerben. (Foto: Schepp)

4,8 Megawatt Strom pro Windrad

Geplant sind im Staufenberger Stadtwald nahe Hachborn Windräder mit einer Nabenhöhe von 161 Metern. Die drei Anlagen sollen jedes Jahr jeweils 4,8 Megawatt Strom produzieren.